

**(Thomas Kreuzmann)**

in der Antragsbegründung, bei den Asklepios-Krankenhäusern würde durch eine ständig steigende Zahl von Leiharbeitsplätzen – Sie betonen das mehrfach, auch gerade in Ihrer Rede – die tarifliche Beschäftigung unterwandert, ist doch völlig an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CDU)

In Wahrheit, und das sind die jüngsten Zahlen, wurde in den letzten zwölf Monaten der Personalbestand sogar erhöht, die Anzahl der Auszubildenden um 4,8 Prozent gesteigert und die Zahl der externen Beschäftigten – das ist Ihre Kritik – um 8,3 Prozent gesenkt. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen mit den 30 Prozent hatten, das ist auf jeden Fall nicht seriös. Im Rahmen der Systemkontrolle hat das Amt für Arbeitsschutz in den letzten sechs Jahren festgestellt, dass die Beschäftigung von Zeitarbeitskräften in den Asklepios-Häusern gering war. Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) hat das Thema Zeitarbeit zu ihrem Schwerpunkt erklärt. Um die aktuelle Situation zu erfassen, plant das Amt für Arbeitsschutz für 2010, auch die einzelnen Asklepios-Häuser aufzusuchen und zu überprüfen. Die Arbeitgeber der Asklepios-Krankenhäuser, die Gewerkschaft und der Betriebsrat befinden sich zurzeit in Verhandlungen und auch heute haben Verhandlungen stattgefunden. All das, was wir gerade machen, ist prinzipiell kontraproduktiv. Wir dienen damit nicht der Sache. Lassen Sie diejenigen die Hausaufgaben machen, die dafür bestimmt sind, und nicht uns.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Genau hier sehe ich Ihre eigentliche Motivation für Ihren Antrag. Sie wollen Stimmung für eine Seite der Tarifpartner machen. Für meine Fraktion gilt aber weiterhin der Grundsatz, dass sich die Politik aus dem Tarifgeschäft heraushält. Die genannten Zahlen zeigen, dass es für Ihren Antrag überhaupt keinen Anlass gibt. Der Senat nimmt seine Kontrollfunktion im Aufsichtsrat wahr. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass der Senat eine Umwandlung von Stammarbeitsplätzen in Zeitarbeitsplätze im Aufsichtsrat verhindern wird. Daher sehen wir für die von Ihnen beantragte Initiative zurzeit keinen Handlungsbedarf und werden Ihren Antrag ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Andreas Waldowsky, beide GAL*)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kreuzmann, Ihre Ausführungen am Ende möchte ich noch einmal aufgreifen. Der Senat nimmt seine Aufgabe im Aufsichtsrat wahr und stellt sicher, dass der Anteil der Zeit-

arbeitskräfte bei Asklepios so niedrig bleibt, wie er die letzten Jahre war.

(*Jörn Frommann CDU:* Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

Ich möchte, dass der Anteil von Zeitarbeitskräften bei Asklepios niedrig bleibt.

(*Jörg Hamann CDU:* Das ist gar nicht Aufgabe des Aufsichtsrats!)

– Das sei, sagt Ihr Kollege gerade, nicht die Aufgabe des Aufsichtsrats.

Ich möchte vom Senat hören, ob er bereit ist, seine Aufgaben im Aufsichtsrat dahingehend wahrzunehmen, dass er über seine 25,1 Prozent Minderheitenbeteiligung, aber immerhin mit einer Sperrminorität, sicherstellt, dass der Anteil der Leiharbeitskräfte bei Asklepios ein Ausmaß nicht überschreitet, das die Pflege stark beeinträchtigen würde. Das ist nämlich genau das, was wir befürchten, und zwar mit einigem Recht.

Vor fünf Jahren haben wir hier den Verkauf des LBK an Asklepios debattiert. Damals waren wir der Meinung, dass er nicht verkauft, sondern verschenkt werde. Mittlerweile liegen Zahlen vor, die stark darauf hinweisen, dass diese Befürchtung voll und ganz eintreten wird. Wir werden das nächste Jahr nachprüfen, wenn die ersten vier Jahre abgelaufen sind, wenn dann festgestellt werden wird, ob der Kaufpreis heruntergesetzt werden kann, wie viel an Dispositionskredit in Anspruch genommen worden ist und dergleichen mehr. Das ist heute nicht das Thema.

Heute geht es um das Thema, das wir damals auch angesprochen haben, nämlich die Befürchtung, dass mit einer Privatisierung der Krankenhäuser eine Verschlechterung der Pflege einhergeht. Das hat seine Ursache schlicht darin, dass, wenn ein Krankenhaus Gewinn erzielen möchte, es bei dem System der DRGs fast nur eine Stellschraube gibt, um dies zu erreichen, und das ist die Kostenschraube. Das heißt, man muss die Kosten senken, um innerhalb der DRGs, innerhalb dieses Abrechnungssystems, Gewinn erzeugen zu können. Mittlerweile wissen wir, dass Asklepios immer noch keinen Gewinn erzielt hat. Auch nach der Privatisierung ist dies nicht gelungen, obwohl von Anfang an genau beim Personal gespart worden ist, indem ein neuer Tarifvertrag für das Stammpersonal abgeschlossen worden ist, was noch gut war. Jetzt wird das Stammpersonal zunehmend durch Leiharbeit ersetzt.

Deswegen habe ich eine Kleine Anfrage gestellt und dachte, über deren Beantwortung sicherstellen zu können, dass das nicht geschieht. Die Antwort lautet: Über diese Geschäftsgeheimnisse gibt Asklepios und damit der Senat keine Auskunft. Es wurde nicht eine einzige Frage beantwortet, etwa danach, welcher Anteil des Personals vollzeit- und

**(Dr. Martin Schäfer)**

welcher Anteil teilzeitbeschäftigt ist, wie viele nach welchem Tarif bezahlt werden und nach welchem Tarifvertrag. Es wurde nicht beantwortet, wie hoch der Anteil der Leiharbeit ist und von daher sind Ihre Worte Schall und Rauch. Der Senat soll diese Fragen beantworten, dann wissen wir es.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Weshalb hat Asklepios eine eigene Personalservicegesellschaft gegründet, die nichts anderes tut, als Leiharbeiter zu verleihen, und zwar an sich selbst? Nächste Frage: Was kostet so jemand? Was muss ein Krankenhaus an diese Personalservicegesellschaft für einen Menschen überweisen, der als Leiharbeiter tätig ist, und was bekommt er selbst? Was bekäme im Vergleich dazu ein fest Angestellter? Wer wäre eigentlich für das Krankenhaus teurer? All das habe ich gefragt, beantwortet wurde nichts. Das alles deutet darauf hin, dass tatsächlich vieles im Argen liegt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anja Domes SPD*)

Es lässt sich nur dadurch beheben, dass der Senat solche Fragen beantwortet. Jetzt hat er die Gelegenheit, bitte kommen Sie her und sagen uns, was los ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller.

**Antje Möller GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schäfer, Sie haben gesagt, vielleicht deute das Nicht-Antworten darauf hin, dass etwas im Argen läge, dass Asklepios eben nichts darüber veröffentlicht, was eigentlich passiert.

(*Dr. Martin Schäfer SPD:* Wir haben einen Anteil von 25,1 Prozent!)

– Ja, wir haben einen Anteil und ich beginne doch anders als der Kollege von der CDU.

Es war ein Fehler, den LBK zu zerschlagen. Das muss man noch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Ökonomisierung von Krankheit und Gesundheit schadet den Patienten und Patientinnen und genauso den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie beeinträchtigt die Rechte ebenso wie das Gesundwerden, von dem ein großer Teil auf das Zuhause verlegt wird, was auch nicht immer der richtige Weg für die Patientinnen und Patienten ist.

Was soll denn eigentlich Zeitarbeit? Zeitarbeit ist von der Idee her ein Wiederheranführen, ein Zu-

rück an einen Arbeitsplatz und nicht ein schleichender Austausch einer festen Belegschaft, der Stammbesetzung eines Betriebes. Man muss bei einigen Bereichen, vor allem eher im gewerblichen Bereich, davon ausgehen, dass genau das passiert. Wenn man sich den Bereich Dienstleistung in Hamburg ansieht, dann sind ungefähr 50 Prozent der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Die Gesamtzahl beläuft sich im Übrigen auf ungefähr 28 000, eine Verdoppelung dieser Summe in den letzten zehn Jahren. Von diesen 50 Prozent Dienstleistungsbereich sind allerdings nur 4,8 Prozent, so sagen die Tabellen, im Gesundheitsbereich tätig. Das sind dann nur noch 650 Männer und Frauen. Die Zahl ist relativ klein, aber natürlich muss man die Tendenz im Auge behalten. Wir haben eine ähnliche Sorge, wie sie auch schon geäußert wurde, dass die Tendenz nach oben und nicht zurück geht und vor allem nicht in feste Arbeitsplätze führt.

Die großen Anzeigen für die Asklepiosklinik lauten: "Wir suchen ab sofort oder zum nächstmöglichen Zeitpunkt examinierte Gesundheits- und Krankenpflegerinnen in Vollzeit und Teilzeit innerhalb der Arbeitnehmerüberlassung."

Das ist das andere, nettere Wort für Leiharbeit. Angeboten werden dabei unbefristete Arbeitsverträge und dauerhafte Beschäftigung in einer Klinik. Verstehe das, wer will, aber das sind nicht die Grundidee und das Grundmotto von Leiharbeit.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Asklepios hat, das wurde gesagt, eigentlich einen Tarifvertrag mit ver.di und trotzdem eine Tochterfirma mit einem eigenen Vertrag, der zwischen DGB und dem Interessenverband Zeitarbeit abgeschlossen ist. Wie der aussieht und welche Tarifunterschiede es gibt, konnte zumindest ich nicht ermitteln. Vielleicht wissen das die Kollegen, die gewerkschaftsnaher sind. Es ist auf jeden Fall nicht öffentlich diskutierbar und nicht transparent. Das halten wir auch für ein großes Problem.

Die Frage ist nur, was das Parlament tun kann, außer daran zu appellieren, dass Hamburg verantwortungsvoll mit seinem 25-Prozent-Anteil umgehen soll. Wir müssen uns in die öffentliche Debatte zu diesem Thema einbringen und die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit Betrieben, vor allem im gewerblichen Bereich, unterstützen, denn der Großteil der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen, wobei 70 Prozent Männer sind, sind ungelernete Helfer im gewerblichen Bereich. Trotzdem müssen wir die Diskussion darüber, was eigentlich aus diesem ursprünglichen Modell Zeitarbeit zur Überbrückung hin zu einem festen Arbeitsplatz wird, öffentlich führen. Die Unterstützung dafür haben Sie.

**(Antje Möller)**

Die Frage, was der Senat machen kann und was wir als Bürgerschaft beschließen können, würde ich anders beantworten wollen als die LINKE. Die öffentliche Diskussion über dieses Modell des Verleihens von Arbeitskräften braucht die politische Debatte, braucht ein Gegengewicht, das sich öffentlich entwickelt. Wir sind überzeugt davon, dass der Senat, wie wir gehört haben, seine 25 Prozent aufmerksam und sorgfältig auch in diesem Sinne vertreten wird.

Jetzt müssen wir erst einmal das Verhandlungsergebnis abwarten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Klagen unterstützen. Den Antrag der LINKEN unterstützen wir hier allerdings nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Artus.

**Kersten Artus** DIE LINKE: \* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich bin meinem Vorredner und meiner Vorrednerin aufmerksam gefolgt und habe sowohl bei Herrn Kreuzmann als auch bei Frau Möller das Bedürfnis nach einem Dialog herausgehört. Lassen Sie uns das aufnehmen. Es reicht nicht, nur zu reden, es ist auch ein klares Bekenntnis erforderlich. In unserem Antrag wird nicht zu viel verlangt. Wenn das inhaltlich Konsens ist und selbst CDU und GAL sagen, dass der Senat eine Umwandlung von Stamm- in Leiharbeitsplätze ablehnen werde, dann zeigen Sie doch klar Flagge. Wo ist denn das Problem? Unser Antrag ist quasi eine Resolution und keine Richtungsentscheidung. Er unterstützt den Fortbestand einer verantwortungsbewussten Daseinsvorsorge in Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn Sie Ihr Gesicht wahren wollen, was ich gut verstehen könnte, dann stellen Sie doch einen Änderungsantrag. Ich werde meine Fraktion schnell davon überzeugen können zuzustimmen, dass der Senat eine Umwandlung von Stammarbeitsplätzen in Leiharbeitsplätze ablehnen solle. Da wären wir bei Ihnen, wenn wir das heute hier beschließen.

Noch einmal zu den Zahlen. Heute werden die Verhandlungen aufgenommen. Ich bin mir ziemlich sicher, wenn Herr Schäfer, ich oder wer auch immer eine Kleine Anfrage gestellt hätte, ob es zutreffen, dass beabsichtigt sei, die Leiharbeit im pflegerischen Bereich auf bis zu 30 Prozent auszuweiten, wäre in der Antwort mit Sicherheit wieder auf das Geschäftsgeheimnis verwiesen worden. Ich bin froh – und Sie sollten es auch sein –, dass es die LINKE gibt und Geschäftsgeheimnisse dieser Art manches Mal vorher herauskommen, so dass man sie hier thematisieren und auf die Tagesordnung setzen kann. Bei den Arbeitsplätzen im nicht-pflegerischen Bereich ist eine Ausweitung der

Leiharbeit sogar auf bis zu 100 Prozent geplant und dies sind seriöse Zahlen.

Ich warte auf Ihren Änderungsantrag und würde mich sehr darüber freuen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort hat Frau Dr. Hochheim.

**Dr. Natalie Hochheim** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erst einmal vorweg: Die Privatisierung der Krankenhäuser war richtig, ist richtig und bleibt weiterhin richtig.

(Beifall bei der CDU)

Das wollen wir zunächst festhalten, denn die Debatte ist in eine Richtung abgedriftet, die uns als CDU nicht gefällt. Hier sind verschiedene Ebenen miteinander vermischt worden, um ein altes Thema erneut zur Sprache zu bringen. Sie wollten wieder einmal die Thematik LBK/Asklepios platzieren, haben aber nichts anderes gemacht, als betriebsinterne Abläufe aufzugreifen, fünf Unkenrufe dazuzunehmen, den Teufel an die Wand zu malen und dann zu sagen, das zeige, dass Privatisierung keine gute Lösung sein könne. Ihr Ansatz ist aber falsch und wir können ihn nicht unterstützen.

(Beifall bei der CDU – Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Mit Ihrem Antrag mischen Sie sich in betriebsinterne Diskussionen. Dafür gibt es den Betriebsrat, der zurzeit auch in Gesprächen mit der Konzernführung ist. Es hat bereits in der letzten Woche ein solches Gespräch gegeben, heute Abend hat ein weiteres stattgefunden und auch in der nächsten Woche wird es vermutlich noch einmal zu einem Gespräch kommen. Wir sind also mitten in betriebsinternen Diskussionen und nun soll sich die Bürgerschaft in einer Allmacht einmischen, die meines Erachtens auf keine Kuhhaut mehr geht.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Antje Möller*, beide GAL)

Dass wir eine arbeitsmarktpolitische Diskussion darüber führen müssen, wie wir mit dem Thema Zeitarbeit umzugehen haben, ist der einzige Punkt, wo wir mit Ihnen überhaupt eine Übereinstimmung haben. Wir als CDU vertreten den Standpunkt, dass Zeitarbeit grundsätzlich ein gutes Instrument für Unternehmen ist, um flexibel auf den Arbeitsmarkt zu reagieren und Belastungsspitzen abzufedern. Zeitarbeit bietet auch die Möglichkeit, sich Bewerber erst einmal anzuschauen und nicht gleich ein Arbeitsverhältnis einzugehen. Dieses Instrument wird sehr gut genutzt und ist auch sinnvoll, denn mit seiner Hilfe haben wir, was auch Ziel der Reform war, in den letzten Jahren die Sockelarbeitslosigkeit abschmelzen können und das war vernünftig so.

**(Dr. Natalie Hochheim)**

Was aber wäre – Herr Kreuzmann hat es angesprochen – wenn Zeitarbeit missbraucht würde? Das ist in der Tat eine wichtige Frage. Wir als CDU-Fraktion haben uns sehr intensiv mit ihr beschäftigt. Bislang ist das aber eine rein theoretische Frage, ich sehe nicht, dass das eine faktische Frage wäre. Was also wäre, wenn ein Missbrauch von Zeitarbeit geschehen würde in dem Sinne, dass Stammbesellschaft abgebaut würde, um – in Anführungsstrichen – die gleichen Leute über eine Unterfirma in Zeitarbeit einzustellen? Herr Kreuzmann hat bereits deutlich gesagt, dass das nicht im Sinn der CDU wäre. Das ist nicht unsere Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen Zeitarbeit im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – ich nenne die Stichworte Flexibilität, Auftragsspitzen, Bewerber anschauen –, aber nicht, um der Stammbesellschaft zu kündigen. Das wäre ganz klar ein Missbrauch von Zeitarbeit, der mit uns nicht zu machen ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben diese Debatte instrumentalisiert, um Themen aus der letzten Legislaturperiode noch einmal aufzugreifen und hier erneut zu platzieren. Mischen Sie sich nicht voreilig in betriebsinterne Diskussionen ein. Wenn diese abgeschlossen sind und Sie dann zu der Auffassung gelangen, dass das Endergebnis nicht hinnehmbar sei – und da würde sich dann sicherlich auch der Betriebsrat deutlich zu Wort melden –, dann können wir das Thema erneut diskutieren. Dafür sind wir offen, aber zu diesem Zeitpunkt sind wir es nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer SPD:** Frau Hochheim, in Ihrer Rede waren jetzt viele Wenn und Aber und wenn es so wäre, dann könnte und hätte man.

(*Dr. Natalie Hochheim CDU:* Das liegt am Antrag!)

Erstens: Der Verkauf des LBK an Asklepios war falsch,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

das werden wir nächstes Jahr wirtschaftlich sehen und sehen es schon jetzt bei der Pflege.

Zweitens: Es geht hier um Krankenhäuser und die Pflege kranker Menschen, das ist kein Bereich, in dem man irgendwie irgendetwas mit Leiharbeit überbrücken könnte. Es geht um die Pflege kranker Menschen und da braucht man qualifiziertes Personal.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Drittens: Sie sagen, es gäbe keinen Missbrauch in dem Sinne, dass Stammarbeitsplätze abgebaut würden und Leiharbeit zunähme. Wenn das so sein sollte, dann wollen wir das nicht im Konjunktiv hören, sondern im Indikativ und von denen, die dafür verantwortlich sind. Die sollen dann hierherkommen und klipp und klar sagen, was Sache ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Robert Heinemann CDU:* Sie behaupten doch hier nur was! Wo sind denn die Beweise?)

Viertens: Sie sagten gerade, der Senat würde einschreiten, wenn Leiharbeit zulasten der Stammbesellschaft überhandnähme. Ist das so? Was genau tut der Senat und wann tut er es? Der Senat hat jetzt Gelegenheit, mit seiner 25,1-Prozent-Sperrminorität im Aufsichtsrat ganz einfach sicherzustellen, dass der Anteil von Leiharbeit in den Asklepios-Kliniken nicht zunimmt.

(*Robert Heinemann CDU:* Das ist Geschäftsführung, das erfordert Mehrheiten! Das ist doch Unsinn, was Sie da erzählen, das ist doch Blödsinn!)

Dann soll er es doch tun. Dann soll der Senat hier sagen, dass er das in Anspruch nimmt und entsprechend tätig wird – bitte ohne Umschweife und so, wie es ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Präsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/4704 federführend an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/4704 anschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 8, Drucksache 19/4288, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Evaluierung der Bachelor- und Masterstudiengänge.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Evaluierung der Bachelor- und Masterstudiengänge – Drs 19/4288 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Das Wort wird gewünscht, die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt hat es.